

Wertebildung und Eliteförderung

Eva-Maria Matthes

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Matthes, Eva-Maria. 2004. "Wertebildung und Eliteförderung." In *Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft*, edited by Oscar W. Gabriel, Beate Neuss, and Günther Rüther, 341–49. Düsseldorf: Droste.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

CC BY-SA 4.0



Wertebildung und Eliteförderung

Eva-Maria Matthes

Knappe Begriffserklärungen

Wenden wir uns zunächst dem Begriff der Elite zu. Dieser ist schillernd und wurde und wird sehr unterschiedlich verwendet. Es finden sich Unterscheidungen wie „Machteliten“, „Werteliten“, „Leistungseliten“, „Funktionseliten“ und damit verbundene Theorien, auf die hier allerdings nicht mehr eingegangen werden muss (s. voranstehende Beiträge in diesem Band). Unter Elite soll im Folgenden – mit Blick auf unsere demokratische Gesellschaft – eine soziale Gruppe verstanden werden, die sich durch hohe Qualifikationsmerkmale sowie durch eine besondere Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft auszeichnet, in dieser Weise die gesellschaftliche Wirklichkeit in zentralen Bereichen (z. B. Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur) prägt und deren Entwicklung maßgeblich mitbestimmt.

Versuchen wir nun den Begriff „Wert“ näher zu bestimmen: Das Wort „Wert“ ist mehrdeutig. In der abendländischen Tradition war an Stelle von „Werten“ lange von „Gütern“ die Rede. Erst durch die im 19. Jahrhundert entstandene Wertphilosophie wurde der „Wert“ von der Seinsebene abgelöst. Werte werden nun nicht mehr als ein Seiendes im Sinne von Gütern verstanden, sondern als Wertschätzungen des Subjekts, durch die den Phänomenen eine Geltung zugeschrieben wird. Werte werden verstanden als Maßstäbe und Standards, die für Einschätzungen (im Sinne des Wertschätzens) erforderlich sind. Werte sind also „Konzepte des Vorziehenswürdigen“, „Kriterien für Wahlentscheidungen“, „innere Führungsgrößen für menschliches Handeln“. Werte entstehen im Umgang mit sich selbst (ich-bezogene Werte), im Umgang mit anderen (soziale Werte) und im Umgang mit der natürlichen und der kulturellen Umwelt (sachliche Werte). Diejenigen Werte, die mit überdauernden Menschheitsidealen wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Mitmenschlichkeit im Zusammenhang stehen und der selbstverantwortlich handelnden Person Entscheidungskriterien für das, was als böse oder gut gilt, abgeben, können als ethische Werte bezeichnet werden.¹

Werte werden durch Lebens- und Sozialisationserfahrungen erlernt und sind durch Lern- und Bildungshilfen beeinflussbar. Werte bzw. Wertungen unterliegen als historische Phänomene epochal- und lebensgeschichtlichen Wandlungen. Jede Gesellschaft bedarf bestimmter grundlegender, übereinstimmender Wertüberzeugungen. Welche sind dies in unserer Gesellschaft?

¹ Vgl. Mauermann, Lutz: Leitgedanken zu einem erziehungswirksamen Unterricht, in: Mauermann, Lutz/Nickmann, Gerhard/Stadler, Hermann (Hrsg.): Wertklärung und Wertorientierung, Donauwörth 1981, S. 11-22, hier S. 13.

Wertgrundlagen unserer Gesellschaft

Die Wertgrundlagen unserer Gesellschaft basieren auf den geistigen Errungenschaften von Antike, Christentum, Humanismus und Aufklärung. Eckpfeiler sind der Glaube an die Freiheit und die Vernunft des Menschen, gedacht als in ihm vorhandene Potentiale. Zentral ist die „Behauptung von der Individualität jedes einzelnen Menschen als letztem Wert und letztem Ziel jeder [menschlichen; E. M.] Ordnung“.² Pierre Frieden spricht in diesem Zusammenhang von einem „humanistischen Personalismus, der den Menschen [...] betrachtet als ein der Gesellschaft, dem Staate, der Wirtschaft transzendentes und personales Wesen und der ihm ein eigenes, metaphysisches und moralisches Sein und Ziel zuschreibt, das sich in Freiheit und eigener Zweckhaftigkeit bewegt und entfaltet.“³

Diese Wertgrundlagen haben Eingang gefunden in unser Grundgesetz, welches Josef Isensee m. E. zu Recht als den ethischen „Grundkonsens der Nation“ bezeichnet hat.⁴ Nun taucht im Grundgesetz allerdings der Begriff „Wert“ oder „Grundwert“ nicht auf. Es bindet mit dem als unrevidierbar bestimmten Art. 1 alle staatliche Gewalt an die Unantastbarkeit der Menschenwürde und verpflichtet sie, diese Würde zu achten und zu schützen. Es bezeichnet unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte als die Grundlage der Gemeinschaft und entwickelt von daher einen Katalog von Grundrechten, die die staatlichen Organe als unmittelbar geltendes Recht binden und somit für sie und die in ihnen tätigen Gesellschaftsglieder selbst Richtschnur, Maßstab und Schranke des Handelns bilden. Die Würde der Person und ihre Grundrechte sind also das zentrale Thema des Grundlegungsteils der Verfassung: „Die Grundrechte gewährleisten die Möglichkeit freier Entfaltung, gleicher Behandlung, gerechten Ausgleichs, sozialer Sicherung. Als Bedingungen solcher Möglichkeiten sind sie rechtliche, staatlich garantierte Tatbestände. Ob sie inhaltlich ausgefüllt, lebendig ergriffen werden, das entscheidet sich im konkreten Vollzug der Grundwerte, die in ihnen als ihre ethischen Elemente gleichsam angesiedelt, in sie eingestiftet sind.“⁵ Bei dem Grundgesetz handelt es sich also nicht um eine wertindifferente Ordnung, vielmehr ist mit ihm ein klarer ethischer Anspruch verbunden, das Grundgesetz stellt den Orientierungsrahmen für ethisches Handeln in unserer Gesellschaft dar.

Diese Auffassung wird in Urteilen des Bundesverfassungsgerichts eindrücklich bestätigt: So heißt es etwa in dem Urteil vom 23. Oktober 1952 zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Sozialistischen Reichspartei“: Unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung „liegt letztlich nach der im Grundgesetz getroffenen verfassungspolitischen Entscheidung die Vorstellung zugrunde, daß der Mensch in der

2 Schulze, Hagen: Die Wiederkehr Europas, Berlin 1990, S. 48.

3 Frieden, Pierre: Europa als Bildungsidee und Erziehungsziel, in: Kind und Jugendlicher in der Gemeinschaft, hrsg. v. Leopold Prohaska, Wien 1957, S. 125–141, hier S. 135 f.

4 Isensee, Josef: Demokratischer Rechtsstaat und staatsfreie Ethik, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. v. Krautscheidt, Joseph u. Marré, Heiner, Bd. 11, Münster 1977, S. 92–120, hier S. 94.

5 Vgl. Schwan, Alexander: Grundwerte der Demokratie. Orientierungsversuche im Pluralismus, München 1978, S. 49–49; dort auch das genannte Zitat, S. 49.

Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt und Freiheit und Gleichheit dauernde Grundwerte der staatlichen Einheit sind. Daher ist die Grundordnung eine wertgebundene Ordnung. Sie ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt.“⁶ Diese genannten Grundwerte sehe „das Grundgesetz innerhalb der staatlichen Gesamtordnung [...] als fundamental“ an. Entscheidend ist, dass die genannten Werte nicht unbestimmt sind, jedoch so allgemein bleiben, dass sie von verschiedenen weltanschaulichen Sinnhorizonten aus begründet und ihre Verwirklichung von unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Positionen aus betrieben werden kann. Der genannte Wertekonsens behindert nicht Wertverwirklichung in pluralistischer Spannung. Er steht jedoch auch einer Haltung des „anything goes“ entgegen.

Die bisherigen Ausführungen sind zwangsläufig ziemlich abstrakt geblieben, sie sollen nun als Haltungsanforderungen an eine demokratische Elite konkretisiert werden.

Über welche Werte bzw. Werthaltungen muss eine demokratische Elite – idealtypisch gedacht – verfügen?

Zunächst muss sich eine demokratische Elite darüber im Klaren sein, dass ihr Status ein erworbener, kein angeborener, angestammter ist, dass sich Demokratie und Elite nur dann nicht ausschließen, wenn Eliten sich nicht abschließen und ihre Macht zu zementieren versuchen, sondern immer wieder ihre besondere Qualität und Leistungsbereitschaft unter Beweis stellen und ihr Einfluss ein davon abhängiger bleibt.

Angehörige einer demokratischen Elite müssen von der Gleichwertigkeit aller Menschen überzeugt sein und auf dieser Basis jeden Menschen gleichermaßen würdevoll behandeln und allen Diskriminierungen von Menschen entgegentreten. Elitäres, sich allen anderen überlegen fühlendes, auf andere herabschauendes Denken und Handeln ist einer demokratischen Elite ebenso unangemessen wie autoritäres Handeln pädagogischen Autoritätspersonen. Demokratische Eliten müssen darum bemüht sein, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabechancen zu sichern; sie müssen sich hierbei an der Kategorie der Gerechtigkeit orientieren.

Eine demokratische Elite bedarf eines Gemeinsinns, Angehörige derselben dürfen nicht – unter *Überbetonung* der Selbstbestimmung und -entfaltung – einer hedonistischen Einstellung verfallen bzw. nur an die Durchsetzung eigener Interessen denken. Das Gemeinwohl muss eine bewusste ethische Kategorie im Denken demokratischer Eliten darstellen, reine Besitzstandswahrung muss als unverantwortlich empfunden werden.

Demokratische Eliten müssen sich im besonderen Maße für Kontinuität und Weiterentwicklung von Kultur und Gesellschaft verantwortlich fühlen und verantwortungsbewussten Einsatz zeigen. Eliten bleiben nur dann glaubwürdig, wenn sie Verantwortung

⁶ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 2, Tübingen 1953, S. 12; dort auch das folgende Zitat.

für ihr Tun und Lassen übernehmen und auch für die Konsequenzen ihres Handelns geradestehen. Zur Elite gehören zu wollen, verlangt nicht fehlerfrei und perfekt zu sein, wohl aber Fehler einzugestehen und produktiv damit umgehen zu können. Demokratische Eliten müssen bereit sein, sich der öffentlichen Kontrolle zu unterziehen.

Angehörige einer demokratischen Elite müssen sich als Anreger und Initiatoren gesellschaftlicher Reformen verstehen, aber auch als Hüter kultureller Traditionen und als Mahner gegenüber kurzfristigen Zeitgeisterscheinungen und Moden. Sie müssen eigene begründete Wertentscheidungen treffen und eine Wachheit für letzte Fragen zeigen.

Eine demokratische Elite darf nie nur an ökonomisch-technischem Fortschritt interessiert sein, sondern muss sich der Dialektik der Aufklärung bewusst sein und nach dem Sinn und dem Wert menschlichen Tuns fragen – im Blick auf die lebenden wie auf die zukünftigen Generationen. Eine demokratische Elite muss darum bemüht sein, immer wieder diese Fragen betreffende öffentliche Diskurse anzuregen, einer Privatisierung und Entpolitisierung zentraler gesellschaftlicher Fragestellungen entgegenzuwirken. Hierfür bedarf sie eines reflektierten politischen Bewusstseins.

Angehörige einer demokratischen Elite müssen über die Fähigkeit verfügen, sich in die Perspektive Anderer zu versetzen und deren Beweggründe und Motive verstehend nachzuvollziehen, wenn auch nicht unbedingt – etwa um den Preis der Selbstaufgabe – zu tolerieren bzw. zu akzeptieren. Sie müssen eine verständliche, differenzierte Sprache sprechen und um die verschiedenen Bedeutungsdimensionen einer Nachricht wissen. Die Sprache darf nicht monologisch strukturiert, sondern muss dialogfördernd angelegt sein. Formen friedlicher Konfliktaustragung und -lösung müssen vorgelebt werden.

An dieser Stelle will ich innehalten und zunächst einmal selbstkritisch eingestehen: indem man Postulate in die Welt setzt, schafft man noch keine Realitäten. Dennoch denke ich, dass es unverzichtbar ist, gewünschte Werthaltungen zu benennen und darüber in einen Austausch einzutreten. Menschen bedürfen der Orientierung für ihr Handeln, sie bedürfen explizit gemachter regulativer Ideen, einer Haltung der Gleichgültigkeit gilt es, sich zu widersetzen.

Was können Universitäten zur Wertebildung einer demokratischen Elite beitragen?

Folgende Postulate sind einer näheren Behandlung dieser Frage voranzustellen:

- a) Sie müssen sich der Idee der Bildung durch Wissenschaft verpflichten.
- b) Sie müssen sich darum bemühen, ein Zusammengehörigkeitsgefühl, eine „corporate identity“ zu entwickeln.
- c) Die Vergabe von Stipendien und ähnlichen Privilegien muss an gesellschaftlich-politisches Engagement gekoppelt werden.

Zu a) In seiner Abhandlung „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ formulierte Humboldt: „Sobald man aufhört,

eigentlich Wissenschaft zu suchen, oder sich einbildet, sie brauche nicht aus der Tiefe des Geistes heraus geschaffen, sondern könne durch Sammeln extensiv aneinandergereiht werden, so ist Alles unwiederbringlich und auf ewig verloren; verloren für die Wissenschaft [...] und verloren für den Staat. Denn nur die Wissenschaft, die aus dem Innern stammt und in's Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es ebenso wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun.“⁷ Wissenschaftliches Arbeiten soll zu Erkenntnissen führen, die für die einzelnen Individuen eine geistige Horizonterweiterung ermöglichen, die eine weltaufschließende Wirkung für sie haben und sie auf wertorientiertes Handeln einstimmen. Wissenschaft muss sich also zweckfreier Grundlagenforschung widmen dürfen und existentielle Fragen zum Thema machen. Die Universitäten müssen sich somit dagegen wehren, nach der Verwertbarkeit und dem unmittelbaren praktischen Nutzen ihrer Forschungsergebnisse bewertet zu werden bzw. müssen einer entsprechenden Bewertung mit souveränem Selbstbewusstsein entgegentreten. Unter Wissenschaft versteht Humboldt einen – immer offenen, nie abgeschlossenen – Prozess des Suchens nach Zusammenhängen, Antwortversuche auf existentielle Fragestellungen, getragen von den Prinzipien der Sachbezogenheit, der Anstrengung des Begriffs und der Intersubjektivität. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang die Beibehaltung des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre. Aktuellen Tendenzen der Hochschulpolitik, sog. „Forschungs- und „Lehrprofessuren“ zu schaffen, ist vor diesem Hintergrund eine klare Absage zu erteilen.

Bildung durch Wissenschaft bedeutet: die Prinzipien der Wissenschaft als solcher werden die Prinzipien des wissenschaftlichen Denkens und Urteilens, mit anderen Worten: des intellektuell-geistigen Verhaltens des Menschen. Das immer wieder missachtete, aber dennoch als Anspruch bestehende Ethos der Wissenschaft, ihr Ringen um Wahrheit und Gemeinwohlbezogenheit, soll für das Handeln der Individuen prägend werden.

An der auf Ausbildung ausgerichteten Massenuniversität lässt sich zugegebenermaßen Bildung durch Wissenschaft sehr schwer realisieren. Dennoch ist m. E. die Idee der Bildung durch Wissenschaft für die Universität so konstitutiv, dass sie nicht aufgegeben werden kann, ohne der Universität ihr spezifisches Profil und somit schließlich auch ihre Daseinsberechtigung zu rauben. Zu überlegen ist, wie sich Bildung durch Wissenschaft heute noch verwirklichen lässt. Mittelstraß gibt folgende Antwort: Wo Wissenschaft als Teil einer Lebensform begriffen werde, „d. h. wo Wissenschaft nicht nur als Beruf, Gewerbe, als ein Produktionsprozeß, sondern auch als Teil des Wesens dessen begriffen wird, der sie betreibt, verlieren im Medium Wissenschaft und Universität Bildung und Ausbildung den Anschein, Gegensätze zu sein, und könnte [...] die Humboldtsche Idee einer Bildung durch Wissenschaft auch heute noch ihre eigentümliche Wirklichkeit gewinnen.“⁸ Vielleicht ist die Position des Erziehungswissenschaftlers Ulrich Herrmann

⁷ Humboldt, Wilhelm von: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin (1810?), in: Humboldt, Wilhelm von: Gesammelte Schriften, Bd. 10, hrsg. v. Bruno Gebhardt, Berlin 1903, S. 250-260, hier S. 253.

⁸ Mittelstraß, Jürgen: Die unzeitgemäße Universität, Frankfurt am Main 1994, S. 104.

die realistischere bzw. realisierbare Alternative: Er empfiehlt, dass die „Universitäten in Deutschland [...] heute verstärkt solche Orte und Formen von Wissenschaft pflegen, die im Massenbetrieb der Wissenschaft unterzugehen drohen: in Graduiertenkollegs, in interdisziplinären Zentren und Sektionen, in Forschergruppen, in Sonderforschungsbereichen“. Er fährt fort: „Dieser Dialog ist die eigentliche Herausforderung für die Professoren und die Studierenden. Und er ist für alle Beteiligten die Quelle aller wissenschaftlichen Bildung.“⁹ Es sind die Werthaltungen der Sachlichkeit, des offenen Dialogs, des wechselseitigen Interesses, der Einsicht in die Begrenztheit bzw. Ergänzungsbedürftigkeit eigenen Denkens und Tuns, die hier zur Entfaltung kommen können. Die – in jüngster Zeit viel diskutierten – in Bayern sich in Planung befindlichen Elitestudiengänge sollten sich diesen Kriterien verpflichtet wissen!

Wertebildung hat jedoch auch ihren Ort an der Universität als Ganzer. Hierfür bedarf es der Entwicklung eines gruppenübergreifenden Zugehörigkeitsgefühls zu einer Institution, für deren Weiterentwicklung es sich einzutreten lohnt.

Zu b) Trotz der Umwandlung der Ordinarienuniversität in eine Gruppenuniversität im Zuge der 68er-Bewegung zerfallen die deutschen Universitäten m. E. tendenziell in nebeneinander existierende Gruppen von Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studierenden und wissenschaftsstützendem Personal, die häufig eher gegeneinander denn miteinander arbeiten. Das Wissen um Geschichte, Strukturen und aktuelle Herausforderungen der Universitäten ist nicht zuletzt – allerdings nicht nur! – bei den Studierenden erschreckend gering. Dies zeigt unter anderem auch die äußerst niedrige studentische Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen. Eine Identifikation mit ihrer Alma Mater erfolgt nur bei wenigen Studierenden. Einführungsveranstaltungen der verschiedenen Disziplinen sollten deshalb auch einen kurzen Überblick über Geschichte und aktuelle Herausforderungen der Universität enthalten und die Studierenden über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten an der Universität informieren. Dass sich zu diesem Zweck Dozierende selbst mit ihrer Universität in historischer und aktueller Perspektive beschäftigen müssten, dürfte kein Schaden sein. Generell muss der Austausch aller Angehörigen der Universität über aktuelle Probleme und Entwicklungsziele verstärkt werden, um ein Bewusstsein für die Verantwortung aller zu erzielen. Hier sehe ich auch einen Auftrag an die jeweilige Hochschulleitung, entsprechende Gesprächsforen zu schaffen und über diese gezielt zu informieren. Diese Gesprächsforen können der Profilbildung der jeweiligen Universität dienen.

Wenn ich auch davor warnen möchte, ohne Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Rahmenbedingungen und spezifischer Universitätstraditionen, das US-amerikanische Hochschulsystem – oder Versatzstücke desselben – der bundesrepublikanischen Hochschullandschaft überstülpen zu wollen,¹⁰ scheinen mir die Bemühungen amerikanischer Universitäten um Identitätsstiftung nach dem Vorbild der „corporate

⁹ Herrmann, Ulrich: Bildung durch Wissenschaft? Mythos „Humboldt“, in: Pädagogische Rundschau 54 (2000), S. 487–506, hier S. 501.

¹⁰ Vgl. dazu Breinig, Helmbrecht/Gebhardt, Jürgen/Ostendorf, Berndt (Hrsg.): Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem. Bildungskonzepte und Wissenschaftspolitik, Münster 2001.

identity“ tendenziell durchaus nachahmenswert zu sein. Wenn an den Universitäten auch eine Wertebildung erfolgen soll, müssen wir zukünftig unsere Universitäten auch als Lebensort verstehen und entsprechende studentische Initiativen unterstützen bzw. anregen. Preise für studentisches Engagement, wie dieses Jahr erstmals an der Universität Augsburg verliehen, scheinen mir in die richtige Richtung zu weisen. Generell gilt: Die Gewährung bzw. die Zuschreibung von Verantwortung hat für die Wertebildung eine eminente Bedeutung.

Zur Zeit verbringen viele Studierende – zumal an den durchschnittlichen Massenuniversitäten – nur wenige Stunden an der Universität, sie geben an ihr sozusagen nur ein Gastspiel, das eigentliche Leben der Studierenden findet außerhalb statt, die Universität bleibt ihnen fremd. Zu dieser problematischen Entwicklung hat auch beigetragen, dass im Zuge der 68er-Bewegung eine radikale Ablehnung universitärer Rituale und Symbole erfolgte, die zu deren fast vollständiger Abschaffung führte. Inzwischen ist man sich der Bedeutung jener für Identifikationsprozesse und Zugehörigkeitsgefühle jedoch wieder bewusster geworden. Wie soll etwa ein Verbundenheitsgefühl von Universitätsabsolventen mit ihrer Alma Mater entstehen, wenn sie ihre Abschlusszeugnisse sang- und klanglos im Prüfungsamt ausgehändigt oder mit der Post zugeschickt bekommen, wie dies Jahrzehnte lang der Fall war? Seit einigen Jahren haben viele Universitäten und Fakultäten feierliche Verabschiedungen ihrer Absolventinnen und Absolventen eingeführt, die bei diesen auf große Resonanz stoßen. Sicher ist es auch unverzichtbar, verstärkt am Aufbau eines Alumniwesens an deutschen Universitäten zu arbeiten, also die ehemaligen Studierenden an ihre Alma Mater zu binden mit der Perspektive, dass sie sich für ihr Gedeihen in Gegenwart und Zukunft mit verantwortlich fühlen.

Kritisch muss angeführt werden, dass die deutschen Massenuniversitäten mit ihren äußerst schlechten Betreuungsverhältnissen in den Massenfächern sich sowohl mit Eliteförderung als auch mit Wertebildung sehr schwer tun. Das persönliche, auch namentliche Ansprechen der Studierenden und ihre individuelle Betreuung sind nicht zu unterschätzende Faktoren für die Steigerung von Leistungsbereitschaft und Wertebewusstsein. Alle Dozierenden sind aufgefordert, durch ihre Art des Umgangs und ihr Kommunikationsverhalten zur Wertebildung beizutragen. In jeder Lehrveranstaltung stellt sich die Aufgabe, das dialogische, aufeinander bezogene Sprechen einzuüben und kontroverse Meinungen offen und fair auszutragen. Die zu behandelnden wissenschaftlichen Inhalte sollten stets auch auf ihre Wert- und Sinndimension befragt und in den Bedeutungshorizont menschlicher Grundfragen gestellt werden.

Die Universität Augsburg, die hier als Exempel genommen werden soll, hat in den Jahren 2001/02 den Versuch gemacht, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu verstärken. Hierfür wurde auf die vom Centrum für angewandte Politikforschung in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung entwickelte Idee der „Gemeinsinn-Werkstatt“ zurückgegriffen. Sie integriert verschiedene Methoden der Organisationsentwicklung und wird gegenwärtig bundesweit in unterschiedlichen Institutionen durchgeführt. Unter Federführung und mit großem Engagement des Lehrstuhls meiner Pädagogikkollegin Hildegard Macha wurde ab Dezember 2001 das Konzept der „Gemeinsinn-Werkstatt“ für die

Universität Augsburg organisiert, deren zentrales Element ein dreitägiges Werkstattforum vom 2.-4. Mai 2004 in der umgebauten Uni-Mensa war, an dem 75 Vertreter aus allen Gruppen der Universität teilnahmen. Diese hatten im Werkstattforum die Möglichkeit, in einen intensiven Gedankenaustausch zu treten, ihre bisherigen Erfahrungen mit der Universität einzubringen, empfundene Defizite und Probleme zu beschreiben sowie gemeinsame Interessen zur Weiterentwicklung der Universität zu artikulieren. Aus der „Gemeinsinn-Werkstatt“ gingen zehn Projektgruppen hervor, die wohl allerdings – nach meinem Kenntnisstand – unterschiedlich effektiv weiterarbeiteten. Bei allen zutage getretenen Schwierigkeiten der „Gemeinsinn-Werkstatt“ – so war z. B. die Gruppe der Professoren kaum vertreten – scheint sie mir mit ihrem Anliegen doch in die richtige Richtung zu weisen: Möglichkeiten der Zusammenarbeit jenseits bürokratischer Hürden und Hierarchien zu schaffen, Ansätze einer Kultur des „runden Tisches“ an der Universität zu etablieren und somit Berührungängste und Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Gruppen abbauen zu helfen. Allerdings stellte sich auch bei dieser Veranstaltung das Transfer-Problem. Wie rettet man entsprechende Anstöße und Impulse in den universitären Alltag? Hier werden oft die kleineren Schritte die wirkungsvolleren sein, wenngleich sie weniger spektakulär sind und weniger Aufmerksamkeit einbringen.

Zu c) Gezielte Eliteförderung an der Universität sollte sich nicht auf den Nachweis überdurchschnittlicher wissenschaftlicher Leistungen beschränken, sondern auch gezeigte Gemeinwohlorientierung zu einem Auswahlkriterium machen. Die verschiedenen Stiftungen gehen hier m. E. mit gutem Vorbild voran. So heißt es etwa auf der Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Die Herausbildung zukünftiger Führungskräfte und Leistungseliten, die sich sozial oder politisch engagieren und sich in ihrem Handeln am christlich-demokratischen Menschenbild orientieren, zählt seit 1965 zu den wichtigsten Aufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir fördern dabei unabhängig von Herkunft, Familie, Religion und Geschlecht. Maßstab für die fachliche Qualifikation eines Stipendiaten sind die bis zum Zeitpunkt der Bewerbung erbrachten und während der Förderung zu erbringenden Leistungen. Sie sollen einen klar überdurchschnittlichen Abschluss des Studiums oder der Promotion erwarten lassen. Mit guten Noten allein ist es allerdings nicht getan. Wir erwarten Toleranz und Aufgeschlossenheit; Kreativität und Bereitschaft zum Dialog auch mit anderen Religionen – und vor allem ein fundiertes persönliches Ethos“ (eingesehen am 13.06.03). Die Friedrich-Naumann-Stiftung nennt auf ihrer Homepage ebenfalls die drei Förderungsvoraussetzungen: „die wissenschaftliche Begabung“, „die Persönlichkeit des jungen Menschen“ und „ein gesellschaftliches und politisches Engagement aus liberaler Grundhaltung“ (eingesehen am 13.06.03). Auf der Internetseite der Studienstiftung des deutschen Volkes heißt es: „Von den Bewerbern [um ein Stipendium; E. M.] wird erwartet, dass sie sich durch *Leistung, Initiative und Verantwortung* auszeichnen, dass sie darüber hinaus Aktivitäten und vitale Interessen, die sich nicht auf das Studienfach beschränken, entwickelt haben und weiter ausbauen. Keine Rolle bei der Auswahl spielen: wirtschaftliche und soziale Aspekte, politische Überzeugungen, Weltanschauung, Konfession, Geschlecht“ (eingesehen am 13. 06. 03).

In diesen Verlautbarungen spiegeln sich von mir bereits genannte Erwartungen an eine demokratische Elite wider: Herkunftsunabhängigkeit, Bereitschaft zu Leistung, Verantwortungsübernahme und gesellschaftlicher Initiative, persönliches Wertebewusstsein und Gemeinwohlorientierung.

M. E. ist es dringend nötig, das Stipendienwesen an deutschen Universitäten auszubauen und für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber die oben genannten Kriterien zu Grunde zu legen.

Begrüßenswert und unverzichtbar finde ich auch, dass die Stiftungen eine Vielzahl von Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung für ihre Stipendiaten anbieten, denn zu einer demokratischen Elite gehört ein Wissen um die Grundlagen, Verfahrensweisen sowie aktuellen Herausforderungen der Demokratie.

Nur eine politisch aufgeklärte, vom Wert der Demokratie überzeugte Elite kann sich und andere vor totalitären Versuchungen schützen.